

## Wenig Interesse an der Gesundheitsvorsorge

Die seit dem 1. Juli 1971 angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Frauen, Männer und Kinder stoßen noch auf geringes Interesse. Dies geht aus einer Dokumentation hervor, die vom Bundesverband der Ortskrankenkassen in Bonn erstmals für den gesamten Bereich der sozialen Krankenversicherung vorgelegt wurde. Sie umfaßt die vollständigen Zahlen für das Jahr 1972.

Von den Frauen, die vom 30. Lebensjahr an Anspruch auf eine Krebs-Vorsorgeuntersuchung pro Jahr haben, nutzten nur 26,94 Prozent diese Möglichkeit. Bei den über 45 Jahre alten Männern waren es sogar nur 10,78 Prozent. Bei Kindern wurden zwar die ersten fünf von insgesamt sieben Vorsorgeuntersuchungen noch von 66,87 Prozent in Anspruch genommen, die 6. und 7. Untersuchung jedoch nur noch von jedem 4. Kind.

Recht erhebliche Unterschiede bei den Versicherten einzelner Kasernenarten werden zu einem großen Teil auf unterschiedliche Altersstrukturen und verschiedene Zusammensetzung der einzelnen Versichertengemeinschaften zurückgeführt. Ältere Menschen scheuen den Gang zum Arzt viel stärker als jüngere, obwohl ältere Jahrgänge besonders gefährdet sind. Die bei Kindern nahezu 100-prozentige Untersuchungsquote bei den ersten beiden Untersuchungen wird darauf zurückgeführt, daß diese noch in den Krankenhäusern vorgenommen werden.

► Die Untersuchungen ergaben bei den Frauen in 0,34 Prozent der Fälle einen Krebsbefund und in 5,37 Prozent der Fälle einen Krebsverdacht. Hoch ist der Anteil der festgestellten behandlungsbedürftigen Nebenbefunde, bei den Frauen mit 27,52 Prozent. Bei den Männern wurden in fast 25 Prozent der Fälle eine Vergrößerung der Prostata und bei 6,33 Prozent Prostataknö-

ten festgestellt. Die Mastdarmuntersuchungen ergaben bei den Männern 0,96 Prozent Verdachtsfälle und 0,06 Prozent positive Befunde, bei den Frauen 0,30 Prozent Verdachtsfälle und 0,01 Prozent positive Befunde. dpa/DÄ

## Achtzig Prozent wollen männlichen Arzt

Achtzig Prozent aller Patienten bevorzugen bei einem Arztbesuch einen männlichen Mediziner. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag der Bezirksregierung Hildesheim, in deren Verlauf sich 500 Patienten des Bezirks Hildesheim über ihre Gewohnheiten bei einer ärztlichen Behandlung geäußert haben. Mehr als die Hälfte der Befragten erklärte, daß sie noch niemals von einer Ärztin behandelt worden seien. Für jeden zweiten Patienten war auch das Geschlecht des Arztes noch vor dem Alter, der Rassenzugehörigkeit oder der Religion ausschlaggebend für das besondere Vertrauen. Allerdings hielten die Interviewten weibliche Ärzte für „sauberer, gefühlsbetonter und ehrlicher“ als die männlichen Arztkollegen. Auffallenderweise hielten gerade Studentinnen weibliche Ärzte für weniger erfahren und sachkundig. 17 Prozent der befragten weiblichen Patienten, aber nur 5,6 Prozent der Männer bevorzugten Ärztinnen. EM

## Kampagne gegen Alkoholmißbrauch

Eine langfristige „Image-Kampagne“ zum Abbau des „sozialen Ranges“ alkoholischer Getränke soll dem in der Bundesrepublik zunehmenden Alkoholmißbrauch entgegenwirken. Darauf einigten sich die für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Bundesländer in Saarbrücken. Unter Umständen soll künftig auch die Werbung für Alkohol gesetzlich beschränkt werden. DÄ

## Arbeitgeber-Vorschlag zur Verbesserung beim Hochschulzugang

Das Abitur als Nachweis studienbezogener schulischer Leistungen durch langjährige Beobachtung der Leistungsfähigkeit des Schülers muß auch in Zukunft grundlegende Voraussetzung für den Hochschulzugang sein. Dies forderte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Köln, in einer Stellungnahme zur derzeitigen Zulassungspraxis. Das „bildungspolitisch falsche Ziel“, die Zahl der Abiturienten durch Verminderung der Leistungsanforderungen in der Schule zu steigern, sei durch eine sachgerechte Leistungsbewertung abzulösen. Wenn es fachbezogene Gründe erforderten, müsse das Abitur durch zusätzliche Qualifikationsprüfungen ergänzt werden. Möglichkeiten hierfür könnten auch im Rahmen fachbezogener, dem Studium Vorrang gebender Praktiker angeboten werden.

Die BDA fordert die einzelnen Bundesländer auf, für eine Vereinheitlichung der Notengebung und der Anforderung beim Abitur zu sorgen. Auch müsse der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen so abgeändert werden, daß die im Abitur erreichte Durchschnittsnote nicht weiterhin alleiniges Kriterium für die Hochschulzulassung bleibe. Abgesehen davon, daß Bruchteile einer Durchschnittsnote über das Erreichen oder Verfehlen weder entscheiden könnten noch dürften, führe das nur an der Durchschnittsnote orientierte Zulassungsverfahren zu sachfremder Motivation bei der Studienwahl. Wegen der Durchschnittsnote angewiesene Bewerber würden veranlaßt, während ihrer Wartezeit ein Studienfach zu belegen, in dem ein Abschluß überhaupt nicht angestrebt werde. Neben der kostspieligen Blockierung von Studienplätzen würde dadurch ein unechter Bedarf an Studienplätzen in den hilfswiese gewählten Fachrichtungen ausgewiesen. PDA/DÄ